

Nr. 42

Volker Rittberger, Fariborz Zelli

**Die Internationalisierung der Universität  
im Lichte ihrer Lehre**

Abteilung für Internationale Beziehungen/  
Friedens- und Konfliktforschung  
Institut für Politikwissenschaft  
Eberhard-Karls-Universität Tübingen

Adresse: Melanchthonstr. 36. D-72074 Tübingen

Telefon: +49 (0)7071 29-78372

Fax: +49 (0)7071 29-2417

Homepage: <http://www.uni-tuebingen.de/ib>

Copyright: Volker Rittberger, Fariborz Zelli

Tübingen 2004

ISBN 3-927604-39-9

Herausgeber: Volker Rittberger

Redaktion: Lisa Stengel

## *Inhaltsverzeichnis*

<b>1.</b>	<b>Einleitung</b>	1
<b>2.</b>	<b>Internationalität und Nationalismus an Universitäten bis 1945</b>	2
<b>3.</b>	<b>Die Internationalisierung der Universitäten in der Bundesrepublik Deutschland</b>	4
3.1.	Die Internationalisierung der Wissenschaftsdisziplinen im Allgemeinen	5
3.2.	Die Internationalisierung im Bereich der Sozial- und Politikwissenschaften	10
<b>4.</b>	<b>Aus der Internationalisierung erwachsende Anforderungen an die politikwissenschaftliche Lehre und das Angebot der Tübinger Politikwissenschaft</b>	13
<b>5.</b>	<b>Fazit: Notwendigkeit intensiverer Unterstützung in der Zukunft</b>	19
<b>6.</b>	<b>Schluss</b>	21

## 1. Einleitung\*

Die Verleihung des Landeslehrpreises für das Jahr 2003 an uns gibt uns eine willkommene Gelegenheit, die Aufgaben und Probleme der Lehre an deutschen Universitäten vor dem Hintergrund fortschreitender Globalisierung öffentlich zu bedenken. Zunächst aber wollen wir unserer Freude über diese Auszeichnung unserer Lehrtätigkeit Ausdruck geben, nicht zuletzt auch darüber, dass nun zum ersten Mal Vertreter des Faches Politikwissenschaft an der Universität Tübingen diesen Preis erhalten. Wir nehmen diesen Preis gleichsam stellvertretend für das gesamte Fach an, dessen bundesweite und internationale Reputation sich unter anderem darin ausdrückt, dass bei der Zulassung zum Studium für das akademische Jahr 2003/04 weit mehr als 600 Bewerber und Bewerberinnen um ca. 100 Studienplätze konkurrierten - und dies trotz einer rechnerisch miserablen Betreuungsrelation, wonach etwa 1200 Studierenden in der Regelstudienzeit, davon etwas mehr als 900 im Hauptfach, ganze sechs Professoren oder insgesamt 13 hauptamtlich Lehrende gegenüber stehen. Und von diesen sechs Professuren soll nach dem Auslaufen des so genannten Solidarpakts im Jahre 2006 noch eine weitere ersatzlos wegfallen. So ermutigend die Zuerkennung des Landeslehrpreises für uns selbstverständlich ist, so gerne würden wir ihn gegen die Zusage eintauschen, dem Institut für Politikwissenschaft die zur Streichung vorgesehene Professur zu erhalten.

Den Landeslehrpreis erhalten wir unter anderem für eine Lehrveranstaltung, die in mehrfacher Hinsicht einen internationalen Charakter aufweist. Das Seminar im Hauptstudium „*The United Nations System - Politics and Policies*“, das in jedem Wintersemester von der Abteilung Internationale Beziehungen/ Friedens- und Konfliktforschung des Instituts für Politikwissenschaft angeboten wird,

- hat eine **internationale Themenstellung**, indem es Geschichte, Struktur, Programm und Leistungen des Systems der Vereinten Nationen mit Hilfe von Theorien der Internationalen Beziehungen analysiert;
- findet - ebenso wie der begleitende Workshop und die weiteren zugehörigen Veranstaltungen - in **englischer Sprache** statt; und auch die Leistungsnachweise der Studierenden müssen in englischer Sprache erbracht werden;
- bietet den Studierenden die Möglichkeit, als Mitglieder einer Delegation der Universität Tübingen an einer **die konferenzdiplomatische Praxis der Vereinten Nationen nachstellenden und einübenden Simulation** („**National Model United Nations**“) teilzunehmen, die in New York City, unter anderem auch im Hauptquartier der Vereinten Nationen am East River, stattfindet; und

---

\* Dieser Beitrag basiert auf einem Vortrag, den die Autoren am 2. Februar 2004 anlässlich der Verleihung des Landeslehrpreises 2003 im Großen Senat der Universität Tübingen gehalten haben. Die Verfasser sind Herrn Matthias Staisch, M.A., für seine Mithilfe bei der Vorbereitung dieses Vortrags zu großem Dank verpflichtet.

- weist in jedem Jahr einen **hohen Prozentsatz internationaler Studierender** auf; so setzte sich unsere 25-köpfige Delegation, mit der wir im Frühjahr 2003 nach New York reisten und Frankreich sehr erfolgreich vertraten, aus Studierenden aus nicht weniger als zehn verschiedenen, europäischen und außereuropäischen Nationen zusammen.

Bevor wir näher auf die Struktur und Ziele unseres Lehrangebots eingehen, bietet es sich angesichts seines internationalen Charakters an, etwas weiter auszuholen und unsere Veranstaltung in den breiten Zusammenhang der zwar zunehmenden, aber noch stark verbesserungsbedürftigen Internationalisierung der Lehre an deutschen Universitäten zu stellen.

## 2. Internationalität und Nationalismus an Universitäten bis 1945

Die Tatsache, dass die verstärkte internationale Ausrichtung deutscher Hochschulen gerade  den letzten Jahren von einer intensiven Internationalisierungsdiskussion begleitet wurde,<sup>1</sup> sollte uns nicht vergessen lassen, dass die Durchlässigkeit geographischer Grenzen gerade im Hochschulwesen eine viel längere Tradition hat. Bereits die ersten europäischen Universitäten (wie die von Bologna und Paris), welche im 12. und 13. Jahrhundert gegründet wurden, zeichneten sich durch das Fehlen einer starken Ortsgebundenheit und durch ihre Besitzlosigkeit aus. Oft wechselte die Hochschule schon bei kleinsten Konflikten mit weltlichen oder kirchlichen Amtsträgern den Standort.<sup>2</sup> Auch Gelehrte und Studierende wiesen - als **fahrende Scholaren** - in dieser Zeit ein hohes Maß an Mobilität auf, zumindest sofern die wirtschaftlichen Verhältnisse es zuließen. Hilfreich war hierfür ein bereits im ausgehenden Mittelalter existierendes Stipendien- und Studienförderwesen. Zum Teil wurden Scholaren die Studien- oder Prüfungsgebühren erlassen, weil sie einflussreiche Fürsprecher und Förderer hatten oder weil die Universität es als eine besondere Ehre empfand, gerade diesen Scholar in ihre Reihen aufzunehmen. So ist für die Zeit des 12. und 13. Jahrhunderts an den Universitäten in Italien, Frankreich und auf der Iberischen Halbinsel eine beachtliche Zahl von deutschen Gelehrten nachweisbar.<sup>3</sup> Der Internationalisierungsgrad der Studierendenschaft der Universitäten war so hoch, dass mitgliederstarke landsmannschaftliche Zusammenschlüsse, so genannte „*nationes*“, gegründet wurden, die den Universitäten unter anderem zu

---

<sup>1</sup> Wissenschaftsrat 2000: Thesen zur künftigen Entwicklung des Wissenschaftssystems in Deutschland, Berlin, 7. Juli 2000, Drs. 4594/00, S. 29.

<sup>2</sup> Vgl. hierzu Denifle, Heinrich 1885: Die Entstehung der Universitäten des Mittelalters bis 1400, Berlin: Weidmann. Das erste eigene Haus erhielt die Universität von Paris erst 1257 durch ein Geschenk des Canonikus Robert de Sorbon (Damals News, 20.08.2003 [http://warp6.dva.de/sixcms/detail.php?id=149363] Rev. 2004-01-05).

<sup>3</sup> Ebenfalls zu beobachten waren Protestabwanderungen ganzer Gelehrtengruppen, die damit ihrem Unmut über Strukturen und Fehlentwicklungen an ihren Universitäten Ausdruck verliehen. Ebenso führten grassierende Pestwellen immer wieder zum Exodus ganzer Gruppen (ibid.).

Verwaltungszwecken dienten.<sup>4</sup> Freilich war dieser Zustand, der den Beginn der Universitätsgeschichte prägte, nicht von Dauer. Das Große Schisma der lateinischen Christenheit (1378 bis 1417) erzwang die Nationalisierung des bis zu diesem Zeitpunkt transnationalen Bildungswesens. Deutsche Studenten mussten unter anderem Paris verlassen, was den Anstoß zu den ersten Universitätsgründungen in Deutschland (Heidelberg 1385, Köln 1388, Erfurt 1392) gab.<sup>5</sup> So offenbarte sich schon in der Anfangszeit der Universitäten eine Dynamik von Offenheit und Internationalisierung einerseits und Verengung durch nationalistische Gegenbewegungen bis hin zu ihrer Vereinnahmung für Zwecke der nationalistisch exklusiven kollektiven Identitätsstiftung andererseits.

Ein weiteres Beispiel für diese Ambivalenz in der Universitätsgeschichte ist die Zeit des Vormärz und hier insbesondere die Haltung der deutschen **Burschenschaften**. Einerseits trugen sie durch die Rezeption und offensive Vertretung der Ideen der französischen Juli-Revolution des Jahres 1830 oder auch durch ihre Solidarisierung mit dem polnischen Volksaufstand (1830/31) zur Verbreitung liberalen und demokratischen Gedankengutes bei. Andererseits wurde das parallel hierzu erstarkende Eintreten für die nationale Einheit - symbolisiert durch die schwarz-rot-goldenen Farben der im Juni 1815 gegründeten Jenaer „Urburschenschaft“<sup>6</sup> - früh übersteigert in einen Nationalismus, der Nicht-Deutschen oder Nicht-Christen die Mitgliedschaft verwehrte.<sup>7</sup>

Den heute noch erschreckenden Höhepunkt dieser nationalistischen Verengung an

---

<sup>4</sup> In Paris gab es deren vier: Gallier, Normannen, Picarden und Engländer; in Italien gab es zwei „nationes“: Ultramontani und Citramontani; an der Prager Universität wurden vier Nationen unterschieden: Böhmen, Bayern, Polen und Sachsen (Kibre, Pearl 1948: *The Nations in Mediaeval Universities*, Cambridge, MA: Medieval Academy of America, S. 28; Schumann, Sabine 1975: *Die „nationes“ an den Universitäten Prag, Leipzig und Wien*, Berlin: Freie Universität - Phil. Diss., S. 60-71).

<sup>5</sup> Auch in Prag führte die Diskriminierung in Folge des Schismas zum Exodus der nicht-böhmischen Studierenden. Nach vergeblichem Widerstand gegen das neue Abstimmungssystem verließen die Bayern, Polen und Sachsen Prag und gründeten die Universität Leipzig (1409) (Flaschendräger, Werner 1981: „Magd der Theologie“. Generalstudien unter der Herrschaft der Scholastik, in: ders. (Hrsg.): *Magister und Scholaren, Professoren und Studenten. Geschichte deutscher Universitäten und Hochschulen im Überblick*, Leipzig/ Jena/ Berlin: Urania-Verlag, S. 15-27).

<sup>6</sup> Die Farben selbst wurden von den Uniformen des 1813 gegründeten Lützowschen Freikorps übernommen, dem sich viele Studenten unter dem Eindruck der napoleonischen Besatzung sowie patriotischer bis völkischer Schriften (z. B. von Ernst Moritz Arndt, Johann Gottlieb Fichte und Friedrich Ludwig Jahn) angeschlossen hatten, um die regulären Truppen zu unterstützen (Steiger, Günter 1991: *Urburschenschaft und Wartburgfest. Aufbruch nach Deutschland*, Leipzig/ Jena/ Berlin: Urania-Verlag, S. 13-27).

<sup>7</sup> Die Jenaer „Urburschenschaft“ selbst sah zumindest noch die Aufnahme Nicht-Deutscher vor, Nicht-Christen waren jedoch zeitweise ausgeschlossen. Obschon bei der Bücherverbrennung auf dem Wartburgfest 1817 maßgeblich Werke (23 Titel) „den Flammen übergeben“ wurden, die für die alte Ordnung und den Obrigkeitsstaat standen, wurden auch der „Code Napoléon“ (Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz, Abschaffung traditioneller Privilegien) und die vor den Gefahren eines übersteigerten Deutschtums warnende Broschüre „Germanomanie, Skizze zu einem Zeitgemälde“ des deutsch-jüdischen Schriftstellers Saul Ascher mit den Worten „Wehe über die Juden, so da festhalten an ihrem Judentum und wollen über unser Volksthum und Deutschtum schmähen und spotten“ verbrannt (Schäfer, Gerhard 1997: *Die frühe Burschenschaftsbewegung*, in: Heither, Dietrich/ Gehler, Michael/ Kurth, Alexandra/ Schäfer Gerhard: *Blut und Paukboden. Eine Geschichte der Burschenschaften*, Frankfurt a. M.: Fischer, S. 14-53).

deutschen Universitäten bildete schließlich die **NS-Zeit**. Bereits unmittelbar nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten organisierte der Dachverband der „Deutschen Studentenschaft“ die Kampagne „Wider den undeutschen Geist“, in deren Verlauf von April bis Juni 1933 in 40 Universitätsstädten die Bücher-Scheiterhaufen brannten. Die deutschen Studenten sollten sich - so Joseph Goebbels - von einem „überspitzten, jüdischen Intellektualismus“ befreien.<sup>8</sup> Ebenfalls noch im April 1933 wurde das Gesetz zur „Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ erlassen, welches bestimmte, „Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, (...) in den Ruhestand zu versetzen“. In der Folge wurden jüdische, aber auch liberale und demokratische Beamte aus der öffentlichen Verwaltung, aus Schulen und Universitäten entfernt und durch Nationalsozialisten oder deren Mitläufer ersetzt. Ebenso wurden jüdische Studenten sukzessive von den deutschen Universitäten verdrängt.<sup>9</sup> Auch die universitären Austauschbeziehungen gerieten früh unter die Kontrolle der Nationalsozialisten. 1934 wurde der Geschäftsführer des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, Adolf Morsbach, verhaftet, nachdem bereits 1933 das Präsidium des DAAD von den Nationalsozialisten politisch gleichgeschaltet worden war.<sup>10</sup>

### **3. Die Internationalisierung der Universitäten in der Bundesrepublik Deutschland**

War das deutsche Universitätswesen vor 1945 durch den Exodus eines nicht geringen Teils der kreativsten wissenschaftlichen Intelligenz nachhaltig geschwächt und durch die Indienststellung für den geistig bornierten Nationalsozialismus zumindest teilweise deformiert worden, so zeichnen sich die bundesdeutschen Universitäten der Nachkriegszeit - angestoßen durch das von den Alliierten vorgegebene Ziel der Entnazifizierung und Demokratisierung des deutschen Bildungswesens - durch einen kontinuierlichen Prozess der Re-Internationalisierung aus. Die Internationalisierung der Lehre ist im wesentlichen an **drei Indikatoren** abzulesen: *erstens* am zunehmenden Austausch von Studierenden, *zweitens* am wachsenden Austausch von

---

<sup>8</sup> Zitiert in: Berliner Tagesspiegel, 14.04.2003 [<http://www.hu-berlin.de/presse/tsp/ss03/bibliothek.html>] Rev. 2004-01-07. In Tübingen lehnte der Landesführer des Nationalsozialistischen Studentenbundes, Gerhard Schumann, eine Verbrennung von Büchern ab und wurde darin vom Ministerpräsidenten und Kultusminister Prof. Mergenthaler unterstützt (Schwäbisches Tagblatt, 09.05.2003 [<http://www.cityinfonet.de/das.magazin/2003/19/artikel1.html>] Rev. 2004-01-05).

<sup>9</sup> Bereits in den ersten Wochen nach dem nationalsozialistischen Machtantritt wurden 15 prominente jüdische Professoren entlassen, unter ihnen Albert Einstein, und bis 1939 war beinahe die Hälfte aller Stellen an den deutschen Hochschulen neu besetzt worden (Grüttner, Michael 1995: Studenten im Dritten Reich, Paderborn/ München/ Wien/ Zürich: Schöningh, S. 212-227). In Tübingen findet zur Zeit eine detaillierte Aufarbeitung dieser Zeit statt. Der vom Rektor eingesetzte Arbeitskreis „Universität im Nationalsozialismus“ hat sich in einem ersten Arbeitsschritt mit den zwischen 1933 und 1945 aberkannten Doktorgraden beschäftigt und im Juli 2003 hierzu einen Bericht vorgelegt (Tübinger Universitäts-Nachrichten Nr. 112, 12.08.2003 [<http://www.uni-tuebingen.de/uni/qvo/Tun/tun112/tun112-forum-1.html>] Rev. 2004-01-05).

<sup>10</sup> Morsbach kehrte nach zweimonatiger Haft nicht mehr zum DAAD zurück; es folgten für den DAAD immer stärkere Restriktionen durch staatliche Institutionen [<http://www.daad.de/portrait/de/>] Rev. 2004-01-06.

Dozenten, und *drittens* - und dies ist eine neue Entwicklung - an der Einrichtung internationaler Studiengänge.

### 3.1. Die Internationalisierung der Wissenschaftsdisziplinen im Allgemeinen

Ein wichtiger Beleg für die bereits in der jungen Bundesrepublik einsetzenden Internationalisierungsbestrebungen ist die Neugründung des Deutschen Akademischen Austauschdienstes und der **Alexander von Humboldt-Stiftung**. Letztere wurde im Jahre 1953 auf Anregung ehemaliger Humboldt-Stipendiaten mit dem Ziel wieder errichtet, „[d]ie internationalen kulturpolitischen Beziehungen Deutschlands und die Leistungs- und Innovationsfähigkeit der Wissenschaft in Deutschland durch Länder- und Fächergrenzen überschreitende Zusammenarbeit von Spitzenforscherinnen und -forschern zu stärken.“<sup>11</sup> Das Resultat dieser Bemühungen ist heute ein Netzwerk von 23.000 Humboldt-Gastwissenschaftlern aller Fachgebiete in 130 Ländern.

Der akademische Austausch selbst war bereits drei Jahre vor der Wiedererrichtung der Alexander von Humboldt-Stiftung - und nur ein Jahr nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland - neu belebt worden: Auf Anregung von britischer Seite kam es am 5. August 1950 zur formellen Neugründung des **DAAD**. In der Hauptsache ging es zunächst vor allem um die Bereitstellung von Devisen für akademische Auslandsaufenthalte, erste Stipendien für Ausländer zum Studium in der Bundesrepublik, Auslandsstipendien für Deutsche und den Austausch von Praktikanten.<sup>12</sup> Wurden vom DAAD im ersten Jahr noch 426 Studierende (darunter 196 Ausländer) gefördert, so hatte sich die Zahl zehn Jahre später bereits verzehnfacht (1960: 4.861 Studierende, davon 3.151 Ausländer) und ist seitdem noch einmal um den Faktor 10 gestiegen (2002: 47.768 Geförderte, davon 29.065 Ausländer). Im Jahre 1996 hat der DAAD darüber hinaus ein Gastdozentenprogramm eingeführt, in dessen Rahmen bis Mitte 2003 insgesamt 453 Gastdozenten an 117 deutsche Hochschulen vermittelt werden konnten. Konkret profitierte die Abteilung Internationale Beziehungen/ Friedens- und Konfliktforschung des Tübinger Instituts für Politikwissenschaft im Rahmen des DAAD-Programms „Integriertes Auslandsstudium“ (IAS). Bis zur derzeit im Gang befindlichen Neustrukturierung des Programms von Seiten des DAAD ermöglichten die bereit gestellten Fördermittel ausgewählten Tübinger Studierenden der Internationalen Beziehungen Gastaufenthalte an renommierten US-amerikanischen Universitäten wie University of California in Berkeley und Brown University in Providence, Rhode Island.

Heute nennt der DAAD als eines seiner fünf Hauptziele explizit die

<sup>11</sup> [www.avh.de/de/stiftung/leitprinzipien.htm] Rev. 2004-01-06.

<sup>12</sup> Bereits ein Jahr später, 1951, und damit vier Jahre vor der Wiedereröffnung der deutschen Botschaft in Großbritannien (1955) richtete der DAAD eine Außenstelle in London ein und begann den Professoren Austausch mit Großbritannien ([http://www.daad.de/portrait/de/] Rev. 2004-01-06).

„Internationalisierung der Hochschulen“, „damit Deutschland eine erste Adresse für den wissenschaftlichen Nachwuchs aus aller Welt bleibt bzw. wieder wird.“<sup>13</sup> Entsprechend den oben genannten drei Indikatoren der Internationalisierung hat sich der DAAD neben dem Austausch von Studierenden und Dozenten auch die Förderung von Studiengängen mit starker internationaler Orientierung zum Ziel gesetzt, welche sich durch besondere Betreuungsangebote, integrierte Studienphasen im Ausland, fremd-, insbesondere englischsprachige Lehrveranstaltungen und die Vergabe eines Bachelor- oder Mastergrades auszeichnen. Im Jahre 2003 förderte der DAAD bereits 64 solcher Studiengänge.<sup>14</sup>

Blickt man - jenseits der konkreten Förderung durch den DAAD - auf die **Gesamtzahlen des akademischen Austauschs**, so finden sich auch hier deutliche Belege für die fortschreitende Internationalisierung der deutschen Hochschulen. So ist die Zahl der deutschen Studierenden im Ausland stetig angewachsen, von 1980 (17.890) bis 2000 auf das nahezu Dreifache (50.000). Die wichtigsten Zielstaaten waren die USA und Großbritannien/Nordirland, die zusammen in den letzten Jahren rund 40% der deutschen Austauschstudierenden aufnahmen.<sup>15</sup>

Die dominanten Fächergruppen bildeten die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (im Jahre 2000 in den USA 30,6 % der deutschen Studierenden; in Großbritannien/Nordirland sogar 35,5%). Umgekehrt stieg auch die Zahl der ausländischen Studierenden in Deutschland kontinuierlich an: waren es 1975 noch 45.590 Studierende, so lag die Zahl 1990 bereits bei 92.016. Und bis zum Jahre 2002 hat sich diese Zahl noch einmal auf 206.141 mehr als verdoppelt (davon 142.786 Bildungsausländer und 63.355 Bildungsinländer). Damit steht Deutschland weltweit an dritter Stelle der Zielländer für ausländische Studierende. Die Abbildung in Prozentanteilen macht allerdings deutlich, dass der Anteil der ausländischen Studierenden an der Gesamtzahl der Studierenden an deutschen Hochschulen seit 1991 und insbesondere seit 1999 noch einmal schubhaft angestiegen ist: Hatte sich der Anteil zwischen 1975 (5,7%) und 1991 (6,1%) nur unwesentlich verändert, so wuchs er bis 1999 auf 9,2% an und betrug 2002 sogar 11,0% (7,6% Bildungsausländer).<sup>16</sup>

---

<sup>13</sup> ibid.

<sup>14</sup> ibid.

<sup>15</sup> Quelle: Wissenschaft weltoffen [<http://www.wissenschaft-weltoffen.de>] Rev. 2004-01-06. Auch die Auswertung der ERASMUS-Programme für das Hochschuljahr 2002/03 offenbarte einen deutlichen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr. Mit 18.482 deutschen Studierenden, die ein Teilstudium im europäischen Ausland absolvierten, lag die Zahl um rund 2.000 höher als im Hochschuljahr 2001/02. Ebenso stieg die Mobilität der Dozenten deutlich an, nämlich um rund 12% von 2.115 im Jahr 2001/02 auf 2.380 Personen im Folgejahr (DAAD-Pressemitteilung, 04.12.2003 [[http://www.daad.de/presse/de/2003/8.1.1\\_6003.html](http://www.daad.de/presse/de/2003/8.1.1_6003.html)] Rev. 2004-01-06).

<sup>16</sup> Bemerkenswert ist bei diesem deutlichen Anstieg vor allem der Zuwachs von Studierenden aus Asien. Zur Zeit besuchen rund 14.000 junge Chinesen und 1.700 Inder deutsche Hochschulen - jeweils dreimal so viele wie vor fünf Jahren (Heinemann, Karlheinz 2003: Werbung für ein mittelmäßiges Produkt. Die Erfolge des Hochschulmarketing sind eher mager, und zu viele ausländische Studenten brechen ihre Ausbildung ab, in: Süddeutsche Zeitung, 03.11.2003.). Unter den Bildungsausländern stellen die chinesischen Studierenden mit 9,5% die mit Abstand stärkste Gruppe

Mit einem Anteil von 14,2% ausländischer Studierender hielt **Baden-Württemberg** im Jahre 2002 die Spitzenposition unter allen Bundesländern. Beachtenswert bei den baden-württembergischen Austauschbeziehungen ist unter anderem der umfangreiche Studierendenaustausch mit Hochschulen in den USA und Kanada (rund 200 Partnerschaften, in deren Rahmen jährlich 900 gebührenfreie Studienplätze für Studierende baden-württembergischer Universitäten in diesen beiden Ländern bereit gestellt werden), aber auch die in jüngster Zeit intensiviertere Kooperation mit der Volksrepublik China sowie mit Entwicklungsländern und den Staaten Mittel- und Osteuropas.<sup>17</sup>

Die **Eberhard-Karls-Universität Tübingen** nahm im Jahre 2002 mit 12,7% Ausländeranteil einen guten elften Platz unter den deutschen Universitäten ein.<sup>18</sup> Die Zahl der ausländischen Studierenden ist auch hier - abgesehen von einem leichten Rückgang im Jahr 1998/99 - seit 1993 fast stetig angewachsen und hat im akademischen Jahr 2002/03 erstmals die Grenze von 3.000 überschritten. Damit ist die Universität Tübingen dem im Jahr 2001 vom Universitätsrat in einem „Mission Statement“ vorgegebenen Ziel der „Gewinnung einer größeren Zahl von hoch qualifizierten Wissenschaftlern und Studierenden aus dem Ausland“<sup>19</sup> bisher gerecht geworden. Zur Zeit unterhält die Universität Tübingen regelmäßige Studenten- und/oder Dozenten-Austauschbeziehungen mit 156 Hochschulen aus 43 Ländern, wobei in diesen Zahlen die vielfältigen Beziehungen einzelner Lehrstühle oder Institute noch gar nicht berücksichtigt sind. Diese beeindruckende Attraktivität des Studienstandortes Tübingen konnte in den letzten Jahren unter anderem durch die Einführung des europäischen „Credit Transfer Systems“ (ECTS) noch weiter gesteigert werden. Außerdem wurde im Jahre 2001 ein Gastdozentenprogramm aufgelegt, das die Förderung ausländischer Dozenten bei kürzeren Lehraufenthalten

---

vor den Studierenden aus Polen (6,2%) und der Russischen Föderation (5,0%). Bezieht man auch die Bildungsinländer mit ein, so stellt allerdings die Türkei mit 24.041 das mit Abstand stärkste Kontingent unter den ausländischen Studierenden (= 11,7%) (Quelle: Wissenschaft weltoffen [http://www.wissenschaft-weltoffen.de] Rev. 2004-01-06).

<sup>17</sup> In absoluten Zahlen lag Baden-Württemberg im Jahre 2002 mit 29.222 ausländischen Studierenden hinter Nordrhein-Westfalen (57.509) an zweiter Stelle (ibid.). Weitere bedeutende Austauschmaßnahmen des Landes sind die Programme im Rahmen der Zusammenarbeit mit den Partnerregionen (Lombardei, Katalonien, Rhône-Alpes), im Zuge der Europäischen Konföderation der oberrheinischen Universitäten sowie im Rahmen der wissenschaftlichen Zusammenarbeit der Bodenseeanrainerstaaten (Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg 2001: Bericht zum Staatshaushaltsplan für 2002 und 2003 [www.mwk-bw.de/ Online\_Publikationen/Bericht\_MWK.pdf] Rev. 2004-01-06). Neben diesen Austauschprogrammen trägt auch die Evaluationsagentur Baden-Württemberg zur Internationalisierung der Lehre im Land bei. Die Agentur ermöglicht eine landesweit vergleichende Evaluierung von Studiengängen und berücksichtigt hierbei internationale Maßstäbe (Sieber, Michael 2002: Rede anlässlich des Tages der Lehre in Konstanz am 18. Oktober 2002 [www.mwk-bw.de/ Aktuelles/Reden /STS/ Tag\_der\_Lehre\_Konstanz.pdf] Rev. 2004-01-06, S. 9).

<sup>18</sup> Quelle: Wissenschaft weltoffen [http://www.wissenschaft-weltoffen.de] Rev. 2004-01-06. Die Universität Stuttgart belegte in relativen Zahlen im Jahre 2002 mit 17,7% sogar den zweiten Platz hinter der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) (31,6%) (ibid.).

<sup>19</sup> Eberhard-Karls-Universität Tübingen 2001: Rechenschaftsbericht des Rektors der Eberhard-Karls-Universität Tübingen Professor Dr. Dr. h.c. Eberhard Schaich über die Amtszeit vom 01. Oktober 2000 bis 30. September 2001, S. 98.

vorsieht.<sup>20</sup>

Sucht man nach Gründen für den - gerade in den letzten vier Jahren - deutlichen Anstieg des Anteils ausländischer Studierender an deutschen Universitäten, so springt zunächst eine gemeinsame Initiative von Bund, Ländern, Kommunen, Wissenschaft und Wirtschaft vom Oktober 2000 ins Auge. Die **Bund-Länder-Kommission** für Bildungsplanung und Forschungsförderung verständigte sich im Rahmen ihres Bildungspolitischen Gesprächs „Internationales Marketing für den Bildungs- und Forschungsstandort Deutschland“ auf die Einrichtung einer „Konzertierten Aktion Bildungsmarketing“. Als Ziel dieser Marketinginitiative formulierte die Kommission: „Deutschland muss wieder erste Adresse werden, wenn es um die Aus- und Weiterbildung künftiger ausländischer Fach- und Führungseliten geht.“<sup>21</sup> Die erwähnte Trias der Internationalisierung - Studentenaustausch, Dozentenaustausch und internationale Studiengänge - bildet den Kern dieser Initiative. Denn als Strategie wird neben der Intensivierung des akademischen Austauschs insbesondere die Verbesserung der Attraktivität deutscher Bildungseinrichtungen genannt. Hierzu soll unter anderem eine stärkere internationale Orientierung in den grundständigen und Aufbaustudiengängen dienen, einschließlich der Entwicklung englischsprachiger Studienangebote.<sup>22</sup> In diesen Bereich fallen darüber hinaus die Studiengänge deutscher Hochschulen, die im Ausland angeboten werden (29 Studiengänge weltweit [Stand: Juli 2003]). Das Bundesbildungsministerium hat im Rahmen dieser Zielsetzungen der Bund-Länder-Kommission für das Jahr 2004 14 Millionen Euro für die Internationalisierungsprogramme des DAAD, der Alexander von Humboldt-Stiftung und der Hochschulrektorenkonferenz eingeplant.<sup>23</sup>

Neben diesen nationalen Initiativen und Programmen sollte bei der Suche nach Gründen für den aktuellen Internationalisierungsschub auch auf den so genannten **Bologna-Prozess** verwiesen werden, der den Bezugsrahmen der gegenwärtigen Bemühungen in vielen europäischen Ländern bietet. Der Prozess wurde im Sommer 1999 von den Bildungsministern aus 29 europäischen Ländern ins Leben gerufen. Ziel dieses Prozesses ist die Schaffung eines europäischen Hochschulraums bis zum Jahr 2010, in welchem Wissenschaftler und Studierende ohne Probleme (z. B. hinsichtlich

<sup>20</sup> Eberhard-Karls-Universität Tübingen 2003: Rechenschaftsbericht des Rektors der Eberhard-Karls-Universität Tübingen Professor Dr. Dr. h.c. Eberhard Schaich über die Amtszeit vom 01. Oktober 2002 bis 30. September 2003, S. 94ff.

<sup>21</sup> Bund-Länder-Kommission 2000: Internationales Marketing für den Bildungs- und Forschungsstandort Deutschland [[http://www.blk-bonn.de/papers/internationales\\_marketing.pdf](http://www.blk-bonn.de/papers/internationales_marketing.pdf)] Rev. 2004-01-06, S. 3. Ähnlich formulierte es im gleichen Jahr der Wissenschaftsrat: „Deutschland muß im eigenen langfristigen Interesse zu einem Einwanderungsland für herausragend qualifizierte ausländische Studierende und Wissenschaftler werden“ (Wissenschaftsrat a. a. O. [s. Fn. 1], S. 29).

<sup>22</sup> Bund-Länder-Kommission a. a. O. (s. Fn. 21), S. 9. Das zur Zeit ehrgeizigste Projekt dieser Art stellt die 2001 gegründete „International University Bremen“ dar, welche vom Bund mit 40 Millionen Euro und vom Bremer Senat mit 115 Millionen Euro eine Anschubfinanzierung erhielt (Rubner, Jean 2003: Spender verzweifelt gesucht. Die International University Bremen hat einen guten Start hingelegt, nun muss ihr Präsident für mehr Geld sorgen, in: Süddeutsche Zeitung, 03.11.2003).

<sup>23</sup> DAAD-Pressemitteilung, 17.07.2003 [[www.hi-potentials.de/downloads/pressemitteilungen/Pressemitteilung\\_2003-07-17.pdf](http://www.hi-potentials.de/downloads/pressemitteilungen/Pressemitteilung_2003-07-17.pdf)] Rev. 2004-01-06.

der Anerkennung von Studienleistungen und Hochschulabschlüssen) zwischen den Hochschulen verschiedener Länder wechseln können. Notwendig für die Verwirklichung dieses europäischen Hochschulraums wird unter anderem die einheitliche Einführung eines dreigliedrigen Studiums bestehend aus Bachelor-, Master- und Doktoratstudienphasen und eines den Transfer von Leistungsnachweisen zwischen Hochschulen erleichternden Leistungspunktesystems sein.<sup>24</sup>

Der rasche Anstieg der ausländischen Studierendenzahlen in den letzten Jahren scheint daher durch den Bologna-Prozess und das deutsche Hochschulmarketing erklärbar zu sein. Dieser Befund ist allerdings insofern einzuschränken, als die Mehrzahl der in den letzten Jahren nach Deutschland gekommenen Studierenden aus Entwicklungsländern stammen, in denen die Zahl der Studierwilligen ohnehin stark anwächst. So schätzt der DAAD, dass sich der Ansturm auf deutsche Universitäten aus Asien, Afrika und Lateinamerika in den nächsten zwanzig Jahren vervierfachen wird.<sup>25</sup> Dies stellt die deutschen Hochschulen in ihren Internationalisierungsbemühungen vor neue **Herausforderungen**. Zum einen muss die Politik die Rahmenbedingungen soweit verbessern, dass Studierende aus dem Ausland in Deutschland eine bessere Betreuung erhalten - um die immer noch hohen Abbrecherquoten zu verringern - und das Land nach Abschluss ihrer akademischen Ausbildung nicht sogleich wieder verlassen müssen. Dieser Betreuungsbedarf wird uns in unserer eigenen Abteilung Internationale Beziehungen/ Friedens- und Konfliktforschung klar vor Augen geführt, da wir – z. T. selbst in Seminaren des Hauptstudiums – unseren Studierenden eine Seminargröße von 30-40 Teilnehmern zumuten müssen, mithin von einer dem einzelnen Studierenden gerecht werdenden fachlichen Betreuung keine Rede sein kann. Dieses Betreuungsdefizit hat sich zudem darin offenbart, dass eine große Zahl von ERASMUS-Studierenden an Vorlesungsklausuren scheitern, wenn ihnen kein eigenes Tutorium angeboten werden kann.

Zum anderen ist es neben der Verbesserung der Rahmenbedingungen - angesichts der zu begrüßenden deutlichen Zunahme ausländischer Studierender - genauso unerlässlich, eine gezieltere Auswahl unter den Bewerbern zu treffen, insbesondere im Hinblick auf die neuen international orientierten Studiengänge und deren begrenzte Teilnehmerzahl.<sup>26</sup> Dieser Auswahlprozess muss freilich eine Balance wahren zwischen den Anforderungen eines anspruchsvollen Lehrangebots und der Zugangsoffenheit gegenüber ausländischen Bewerbern, denn nur beides garantiert auf lange Sicht die Attraktivität unserer Hochschulen. Um es in den Worten des Staatssekretärs des baden-württembergischen Ministeriums für Wissenschaft,

<sup>24</sup> Sieber a. a. O. (s. Fn. 17), S. 5.

<sup>25</sup> Heinemann 2003 a. a. O. (s. Fn. 16).

<sup>26</sup> DAAD-Pressemitteilung, 30.10.2003 [[http://www.daad.de/presse/de/2003/8.1.1.\\_5203.html](http://www.daad.de/presse/de/2003/8.1.1._5203.html)] Rev. 2004-01-06.

Forschung und Kunst, Michael Sieber, zu sagen: „Im Wettbewerb um die besten Köpfe muss es gelingen, die eigenen Talente in Europa zu halten und unsere Hochschulen für akademische Hoffnungsträger aus anderen Ländern attraktiv zu halten oder zu machen.“<sup>27</sup>

### 3.2. Die Internationalisierung im Bereich der Sozial- und Politikwissenschaften

Nachdem wir bisher auf den Austausch von Studierenden und Dozenten eingegangen sind, soll im Folgenden der Akzent auf den dritten Aspekt der Internationalisierung der Lehre gelegt werden, die Internationalisierung der Studiengänge. Hierzu wollen wir uns unserer eigenen Fächergruppe, den Sozialwissenschaften, insbesondere der politikwissenschaftlichen Disziplin der Internationalen Beziehungen zuwenden.

Unter der Internationalisierung von Studiengängen ist zunächst zweierlei zu verstehen: Einerseits zählt hierzu die bereits angesprochene **formelle Internationalisierung**, etwa durch die Einführung international anerkannter Abschlüsse und eines Leistungspunktesystems sowie durch das Angebot fremd-, insbesondere englischsprachiger Lehrveranstaltungen. Andererseits gehört hierzu aber auch die **substanzielle Internationalisierung**, d.h. die Zunahme internationaler Themenstellungen in der Lehre, was sich im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften gut nachweisen lässt. Denn die wachsende internationale Verflechtung - deren Teilaspekt, die kulturelle Verflechtung, sich unter anderem in der formellen Internationalisierung der Lehre niederschlägt - ist für die Geistes- und Sozialwissenschaften zugleich auch Forschungsgegenstand. Daher sind die Geistes- und Sozialwissenschaften „*der* Bereich der Wissenschaft, in dem diese neuen kulturellen Herausforderungen verarbeitet werden können und müssen.“<sup>28</sup>

Im Zuge ihrer zunehmenden globalen Verflechtung und der Herausbildung vielfältiger Interdependenzen einschließlich wechselseitiger Verwundbarkeiten ist diese globalisierte, tendenziell denationalisierte Welt mehr und mehr zum Gegenstand der Politikwissenschaft geworden, was sich nicht zuletzt in der **Entwicklung der Disziplin der Internationalen Beziehungen** im letzten Jahrhundert niedergeschlagen hat. Zwar lässt sich die wissenschaftliche Beschäftigung mit internationalen Beziehungen bis ins 5. Jahrhundert v. Chr. zu Thukydides und seiner scharfsinnigen Analyse des Peloponnesischen Krieges zurück verfolgen, doch die Anfänge des akademischen Faches Internationale Beziehungen sind auf das Ende des Ersten Weltkriegs zu datieren. Auf der Pariser Friedenskonferenz verabredeten die US-amerikanische und die britische Delegation Ende Mai 1919 - als Konsequenz aus dem 14-Punkte-Plan des US-Präsidenten Woodrow Wilson - die Gründung von je einem

<sup>27</sup> Sieber a. a. O. (s. Fn. 17), S. 7.

<sup>28</sup> Wissenschaftsrat a. a. O. (s. Fn. 1), S. 32.

Institut zur Erforschung der Ursachen von Krieg und Frieden.<sup>29</sup> In Deutschland standen am Anfang des Faches nach 1918 - allerdings außerhalb des etablierten Universitätsbetriebs - die Gründung der „Staatsbürgerschule“ in Berlin, die 1920 in „Deutsche Hochschule für Politik“ umbenannt wurde, und 1923 die Einrichtung des Hamburger „Instituts für Auswärtige Politik“.<sup>30</sup>

In Deutschland kam es freilich erst **nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs** zu einer ersten Gründungswelle politikwissenschaftlicher Lehrstühle - zu denen auch der Lehrstuhl Theodor Eschenburgs in Tübingen zählte - im Zuge der alliierten Entnazifizierungs- und Demokratisierungspolitik; denn Politikwissenschaft wurde von den westlichen Alliierten auch als breit angelegte Demokratiewissenschaft verstanden. Zwar empfahl der Wissenschaftsrat schon sehr frühzeitig, jeweils eine der an jedem Standort einzurichtenden vier Professuren im Fach Politikwissenschaft der Lehre von den internationalen Beziehungen zu widmen. Dieses Ziel wurde aber nicht an allen Universitäten, an denen das Fach eingerichtet wurde, sogleich erreicht. Es dauerte bis zum Beginn der 1970er Jahre, ehe es im Zuge einer zweiten Gründungswelle und befördert durch die Entspannungspolitik im Ost-West-Verhältnis einerseits und dem sich zuspitzenden Nord-Süd-Konflikt andererseits zur Etablierung von weiteren Instituten und Lehrstühlen für Internationale Beziehungen ebenso wie für Friedens- und Konfliktforschung kam.<sup>31</sup> In diese Zeit (1972) fiel auch die Einrichtung des Lehrstuhls „Außenpolitik und Internationale Beziehungen; Friedens- und Konfliktforschung“ an der Universität Tübingen, den Volker Rittberger am Tübinger Institut für Politikwissenschaft seither inne hat und durch den die Friedens- und Konfliktforschung zu einem integralen Bestandteil des Lehrangebots und zu einem ausgewiesenen Forschungsschwerpunkt wurde.

Diese im internationalen Vergleich späte Verankerung der Disziplin Internationale Beziehungen in den deutschen Universitäten mag mit ausschlaggebend gewesen sein für drei tief greifende Defizite, die Volker Rittberger (gemeinsam mit Hartwig Hummel) noch **1990 - in einer Bestandsaufnahme** - beklagte. Zum einen monierte er die unzureichende Theorieorientierung des Faches und zum zweiten das überwiegend passiv-rezipierende Verhältnis zu den *International Relations*, dem anglo-

---

<sup>29</sup> So kam es im Jahre 1920 zur Einrichtung des „American Institute of International Affairs“ (aus dem 1922 der „Council on Foreign Relations“ mit Sitz in New York hervor ging) und des „Royal Institute of International Affairs“ (Chatham House, London). Der weltweit erste Lehrstuhl für Internationale Beziehungen wurde bereits 1919 an der Universität von Wales in Aberystwyth als Stiftungsprofessur eingerichtet. Es folgte die Gründung von Zeitschriften und Schriftenreihen wie z. B. „Foreign Affairs“ und „International Affairs“ (Menzel, Ulrich 1999: Idealismus, Realismus, Institutionalismus und Strukturalismus - die vier Paradigmen in der Lehre von den Internationalen Beziehungen, in: Menzel, Ulrich/ Varga, Katharina: Theorie und Geschichte der Lehre von den Internationalen Beziehungen, Hamburg: Deutsches Übersee-Institut, 11-129, S. 21f.).

<sup>30</sup> *ibid.*

<sup>31</sup> *ibid.*, S. 24. Zu diesen Instituten zählten insbesondere die 1970 in Frankfurt a.M. gegründete „Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung“ sowie das 1971 errichtete „Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg“.

amerikanischen Pendant der Disziplin. So hatte sich die Disziplin im deutschsprachigen Raum bis zu jenem Zeitpunkt „darauf beschränkt, vor allem US-amerikanische Forschungsansätze zu rezipieren, möglicherweise zu modifizieren und empirisch anzuwenden oder sich mit der politikanalytischen Deskription mehr oder weniger wichtiger Gegenwartsfragen zufrieden zu geben.“<sup>32</sup> Und drittens sahen sich die Internationalen Beziehungen mit einer unzureichenden Förderung der Grundlagenforschung konfrontiert.

Seit dieser Bewertung des Entwicklungsstandes des Faches ist es freilich zu beachtlichen Verbesserungen bei allen drei genannten Aspekten gekommen. So attestiert Michael Zürn der Disziplin in seiner **jüngsten Bestandsaufnahme** einen deutlichen Zuwachs theorieorientierter Beiträge, eine Verbesserung der internationalen ‚Markt‘-Position der deutschsprachigen Internationalen Beziehungen sowie einen Reputationsgewinn innerhalb der Sozialwissenschaften in Deutschland.<sup>33</sup>

Diese positiven Entwicklungen gingen einher mit einer weiteren institutionellen Aufwertung, z. B. durch die erfolgreiche Gründung einer eigenen Fachzeitschrift „Zeitschrift für Internationale Beziehungen“ 1996 oder durch die Gründung der Deutschen Stiftung Friedensforschung im Oktober 2000, welche sich vorrangig der Forschungsprojekt- und der Nachwuchsförderung widmet. Auch diese jüngste Welle der institutionellen Stärkung der Disziplin erfasste das Tübinger Institut für Politikwissenschaft, an dem im Jahre 1991 eine eigene Abteilung Internationale Beziehungen/ Friedens- und Konfliktforschung errichtet wurde. Zugleich dürfen wir nicht ohne Stolz darauf hinweisen, dass diese Abteilung nicht nur von dem Prozess der institutionellen Aufwertung der Politikwissenschaft im Allgemeinen und der Disziplin der Internationalen Beziehungen im Besonderen profitiert, sondern selbst wichtige Akzente in diesem Prozess gesetzt hat und weiterhin setzt. Dies drückt sich unter anderem in bedeutsamen Personalien aus: So wurde Volker Rittberger im September 2003 der Vorsitz der Deutschen Stiftung Friedensforschung übertragen. Klaus Dieter Wolf, der in Tübingen in unserem Fach sowohl promoviert als auch habilitiert wurde, ist derzeit Vorsitzender der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Schließlich wird in diesem Jahr unter der Führung des bereits erwähnten Michael Zürn, eines unserer *summa cum laude*-Promovenden, die „Hertie School of Governance“ in Berlin ihre Pforten öffnen, welche beispielhaft für den neuen Trend der Internationalisierung der Lehre steht. Die Hertie School wird eine

---

<sup>32</sup> Rittberger, Volker/ Hummel, Hartwig 1990: Die Disziplin „Internationale Beziehungen“ im deutschsprachigen Raum auf der Suche nach ihrer Identität. Entwicklung und Perspektiven, in: Rittberger, Volker (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven, Opladen: Westdeutscher Verlag, 17-47, S. 34.

<sup>33</sup> Zürn, Michael 2003: Die Entwicklung der Internationalen Beziehungen im deutschsprachigen Raum nach 1989, in: Hellmann, Gunther/ Wolf, Klaus Dieter/ Zürn, Michael (Hrsg.): Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland, Baden-Baden: Nomos, 21-46, 23ff.

staatlich anerkannte Hochschule in privater Trägerschaft sein, eine europäische „Professional School of Public Policy“, die Nachwuchskräfte in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft aus- und weiterbilden wird.

Neben dieser institutionellen Aufwertung suchte die Disziplin der Internationalen Beziehungen der Veränderung ihres Gegenstandes seit dem Ende des Kalten Krieges gerecht zu werden, indem sie eine thematische Erweiterung vollzog, in deren Zuge auch größeres Augenmerk auf Fragen der *Global Governance* und *Good Governance*, des Weltregierens und der guten Regierungsführung gelegt wurde.<sup>34</sup> In diesem Rahmen ist es in den letzten Jahren zu einer weiteren Intensivierung der wissenschaftlichen Beschäftigung mit internationalen Institutionen im Allgemeinen und internationalen Organisationen - wie dem Verband der Vereinten Nationen - im Besonderen gekommen. Mit ihrer stetigen Weiterentwicklung spiegelt die Disziplin Internationale Beziehungen somit selbst die Internationalisierung sowohl der Lehre als auch ihres Forschungsgegenstands wider.

#### **4. Aus der Internationalisierung erwachsende Anforderungen an die politikwissenschaftliche Lehre und das Angebot der Tübinger Politikwissenschaft**

Der bisherige Abriss der zunehmenden Internationalisierung der Lehre an deutschen Universitäten sollte unsere eigene Lehre und auch Forschung über das System der Vereinten Nationen in einen größeren Zusammenhang stellen. Als **Zwischenfazit** lässt sich festhalten, dass dieser Überblick deutlich gemacht hat, dass sowohl die substanzielle als auch die formelle Internationalisierung des Lehrangebotes - gerade auch in der Politikwissenschaft - aus unterschiedlichen Gründen ein notwendiger und weiter zu intensivierender Prozess ist. Er ist dies einerseits aus dem mehrfach genannten Grund, den Wissenschaftsstandort Deutschland international konkurrenzfähig zu halten und dessen Wettbewerbsposition auf dem globalen ‚Markt‘ weiter zu verbessern. Andererseits - und dies ist unser eigentlicher Auftrag - müssen bei diesen Überlegungen, die auch in der aktuellen Diskussion über „Spitzenhochschulen (...), die auch weltweit in der ersten Liga mitspielen (...) können“<sup>35</sup> eine Rolle spielen, (mehr noch als die Chancen unserer *Standorte* auf dem internationalen Bildungsmarkt) die Chancen unserer *Studierenden* auf dem internationalen Arbeitsmarkt im Mittelpunkt stehen. Anders formuliert, muss es darum gehen, unsere Studierenden adäquat für anspruchsvolle berufliche Tätigkeiten in einer globalisierten Welt, z. B. für internationale Dienste unterschiedlicher Art in öffentlicher oder privater Trägerschaft, auszubilden. Diesem Bildungsdesiderat muss in einer Zeit wie der heutigen, in welcher der Welthorizont zur maßgeblichen

<sup>34</sup> *ibid.*, 25f.

<sup>35</sup> Weimarer Leitlinien Innovation „Unser Land gerecht erneuern“, Beschluss des SPD-Parteivorstandes vom 6. Januar 2004, S. 5.

Bezugsgröße unseres sozialen Handelns geworden ist, Rechnung getragen werden.

Die **Tübinger Politikwissenschaft** und in besonderer Weise die Abteilung Internationale Beziehungen/ Friedens- und Konfliktforschung versuchen mit den ihnen zur Verfügung stehenden materiellen und personellen Ressourcen, den Anforderungen einer formellen und substanziellen Internationalisierung gerecht zu werden. Wir möchten unsere obigen Ausführungen über unseren Auftrag als Lehrende dahin gehend konkretisieren, dass wir uns um die erfolgreiche Anwerbung international diversifizierter Studierender und in der Folge auch um die Betreuung dieser Studierenden sowohl in fachlicher als auch in berufsorientierender Hinsicht kümmern müssen. Durch die im Jahre 2003 erfolgte **Studiengangsreform** fördert das Institut für Politikwissenschaft ein zügiges, zielgerichtetes und die Mobilität förderndes Studium unseres Fachs. Das Studium ist **zügig und zielgerichtet**, weil es gut strukturiert ist und nach bereits sechs Semestern mit dem Bachelor-Grad in Politikwissenschaft (zuzüglich eines frei wählbaren Pflichtnebenfachs) zu einem wenn nicht berufsqualifizierenden, so doch berufsfeldorientierenden Abschluss führt, und weil mit den Masterstudiengängen „Vergleichende Politikforschung“ sowie „Friedensforschung und Internationale Politik“ inhaltliche Schwerpunktsetzungen erfolgen können, die die Studierenden gezielt auf eine spätere berufliche Laufbahn als wissenschaftlich hoch qualifizierte Fachkraft vorbereiten. Schließlich gewährleistet diese Studiengangstruktur auch die wünschenswerte und notwendige **Mobilität**; für deutsche Studierende wird der Studienortwechsel ins Ausland aufgrund der wachsenden Kompatibilität der Studienabschlüsse und Bewertungen von Studienleistungen - Stichwort: *Credit Point System* - wesentlich vereinfacht.<sup>36</sup> Für ausländische Studierende wächst der Anreiz, einen in der eigenen Heimat anerkannten Studienabschluss in Deutschland zu erwerben. Auf die Anwerbung ausländischer Studierender negativ wirkt sich freilich nach wie vor der international nicht konkurrenzfähige Bewerbungsschluss des 15. Juli eines Jahres aus. Wollen die deutschen Universitäten für ausländische Bachelor- oder Master-Studierende wirklich eine ernsthafte Alternative darstellen, dann müssen neben den Studiengängen auch die Bewerbungsfristen international angeglichen, d.h. auf den 15. März eines Jahres vorverlegt werden.

Die effektive **fachliche und berufspraktische Betreuung** unserer Studierenden, zumal der ausländischen Studierenden ist aufgrund unzureichender materieller und personeller Ressourcen nicht gewährleistet. Die eingangs erwähnte rechnerische Betreuungsrelation - 13 Dauerstellen für Lehrende, davon derzeit noch sechs Professuren, stehen mehr als 900 Hauptfachstudierenden in der Regelstudienzeit gegenüber - verbietet eine auf die Bedürfnisse des individuellen Studierenden

---

<sup>36</sup> Aufgrund von bisher oft mangelnder Kompatibilität wurde von ausländischen Universitäten oft nur ein Bruchteil der in Deutschland erbrachten Studienleistungen anerkannt und der deutsche Studierende somit zurückgestuft.

zugeschnittene fachliche Betreuung im Rahmen von Seminaren und Sprechstunden. Eigene Lehrerfahrungen vor allem im anglo-amerikanischen Ausland offenbaren hingegen regelmäßig die Vorzüge kleinerer Seminare und intensiverer Kontakte zwischen Dozenten und Studierenden. Innovative, Theorie und Praxis verbindende Lehrangebote wie das Seminar „*The United Nations System - Politics and Policies*“ mit begleitendem Workshop und anschließender Exkursion nach New York City binden in jedem Wintersemester einen Großteil der personellen Ressourcen unserer Abteilung. Vier Betreuer (zwei hauptamtlich Lehrende und zwei stundenweise bezahlte studentische Hilfskräfte) stehen hier für 25 bis 30 Studierende zur Verfügung, was - umgerechnet - einer Betreuungsrelation von ungefähr eins zu zehn entspricht, eine Relation, die sich für das Lehrangebot des Instituts insgesamt nicht reproduzieren lässt, von der notwendigen Einwerbung von Drittmitteln von externen Gebern wie Auswärtiges Amt, Deutscher Akademischer Austauschdienst, Robert Bosch-Stiftung in Höhe von weit mehr als 12.000 Euro pro Jahr allein für diese Lehrveranstaltung ganz zu schweigen.

Auch hinsichtlich der **berufsorientierenden Betreuung** haben die deutschen Universitäten im Allgemeinen und die Tübinger Universität im Besonderen einen nicht zu unterschätzenden Reform- und Nachholbedarf. Wollen wir die wissenschaftliche Lehre von der Politik ebenenübergreifend, d.h. von der Kommune bis zum internationalen System, mit studienbegleitender Berufsqualifikation im Interesse der Studierenden zusammenführen, bedarf es einer verbesserten Koordination von Lehre und berufsorientierender Betreuung. Zur Zeit erfolgt diese Betreuung gemäß dem Steuerungsmodell der horizontalen Selbstkoordination auf beklagenswert niedrigem Niveau. Am Institut für Politikwissenschaft unterhalten die Lehrenden in Zusammenarbeit mit der Fachschaft des Instituts einen bescheidenen Praktikumpool. Von einer transparenten, pro-aktiven Praktikumsvermittlung für die Studierenden kann nicht gesprochen werden, da sie - wenn sie denn über das Institut erfolgt - vornehmlich im Rahmen der Sprechstunden der einzelnen Lehrenden geschieht. Ziel muss daher eine deutliche Aufwertung der Beratungskapazitäten auf Institutsebene sein. Denn die Aufgabe der berufsorientierenden Beratung kann am effektivsten subsidiär erfüllt werden, da jedes Studienfach eigene Beratungsprofile erfordert. Die bewegende Geschichte des mit zwei Mitarbeitern personell völlig unterbesetzten universitären *Career Service* bestärkt uns in dieser Ansicht. Wünschenswert wäre daher, die Position und vor allem Zahl der Akademischen Räte abhängig von der Zahl der Hauptfachstudierenden in jedem Fach derart zu stärken, dass wenigstens ein Akademischer Rat als fachlich eingebundener und informierter Dienstleiter den Studierenden eine angemessene „Beratung nach außen“ – also für Beruf und Praktikum – bieten kann, ohne dass hierdurch die Qualität der „Beratung nach innen“ – also für das Studium selbst – beeinträchtigt wird. An dieser Stelle besteht mithin im Interesse der Integration von wissenschaftlicher Grundausbildung und berufspraktischer Orientierung erheblicher Reformbedarf, dem - wie so oft - nur

mit der Bereitstellung zusätzlicher Mittel entsprochen werden kann.

Auch wenn der Theorie-Praxis-Nexus als Bestandteil formeller Internationalisierung bei weitem nicht ausreichend institutionalisiert worden ist, möchten wir nicht ohne Stolz darauf hinweisen, dass die **Tübinger Politikwissenschaft** und insbesondere die Abteilung Internationale Beziehungen/ Friedens- und Konfliktforschung über die Jahre hinweg vermehrt **Anstrengungen auf dem Gebiet der substanziellen Internationalisierung** unternommen hat, und dies mit beträchtlichem Erfolg. Im deutschlandweiten Vergleich zeichnet sich das Tübinger Institut durch eine **nachdrückliche Akzentuierung internationaler Themenstellungen in Forschung und Lehre** aus. Schlagwortartig zu nennen sind hier die Arbeiten zur EU- sowie zur vergleichenden Föderalismus- und Wohlfahrtsstaatenforschung, die transatlantischen, lateinamerikanischen und nahöstlichen Regionalstudien und schließlich die vergleichende Außenpolitikforschung, die Forschung über internationale Organisationen und die Rolle nicht-staatlicher internationaler Akteure sowie zu Fragen der friedlichen internationalen Konfliktbearbeitung. Dieses Forschungstableau und das daraus resultierende Lehrangebot des Instituts hat die beschriebenen Trends von Entgrenzung und Denationalisierung in der Welt von heute substanziell nachvollzogen, und die Lehrenden des Instituts stellen sich der Herausforderung, diese Entwicklungen empirisch zu erfassen und theoretisch zu verarbeiten, ein Prozess von dem unsere Studierenden zweifellos profitieren.

Die Kombination empirisch-analytisch ausgerichteter Forschung und praxisnaher Bearbeitung internationaler Problemstellungen gehört seit vielen Jahren zum festen Bestandteil des **Lehrangebots der Abteilung Internationale Beziehungen/ Friedens- und Konfliktforschung**: Beispielhaft genannt zu werden verdient zum einen das von unserem Kollegen Thomas Nielebock angebotene Seminar über Europäische Sicherheitsinstitutionen, welches das intensive Studium prominenter Institutionen wie EU, NATO und OSZE mit einer zweiwöchigen Exkursion an die Hauptsitze dieser Organisationen von Wien bis Brüssel kombiniert und im Zuge dieser Besuche vor Ort in einen intellektuell fruchtbaren wie berufsperspektivisch gewinnbringenden praxisorientierten Dialog zwischen Praktikern und Studierenden mündet. Die Liste der Studierenden, die diese Gelegenheit zur Kontaktaufnahme zwecks studienbegleitender Praktika oder Netzwerkaufbau nutzen, ist stetig im Wachsen begriffen. Uns ganz offensichtlich honorieren die Studierenden derart zeit-, arbeits- und kostenintensive Lehrveranstaltungen durch ein im regulären Studienbetrieb nicht immer anzutreffendes außergewöhnliches Engagement.

Ebenso verhält es sich mit der Lehrveranstaltung, der wir die Zuerkennung des Landeslehrpreises verdanken: das eingangs kurz charakterisierte Seminar „*The United Nations System - Politics and Policies*“. Mit der Durchführung dieses Seminars, des begleitenden Workshops sowie der anschließenden Exkursion zum Sitz der Vereinten

Nationen in New York City begibt sich die Universität Tübingen nun im achten Jahr auf das inzwischen gut bevölkerte Feld von **Planspielen im Bereich der internationalen Politik**. Die Ursprünge solcher Planspiele reichen in das Jahr 1922 zurück, als Vertreter des Völkerbundes das Abhalten eines jährlichen *Model League of Nations* anregten. Nach Gründung der Vereinten Nationen trat 1946 das *National Model United Nations* an seine Stelle.<sup>37</sup> Bei dieser weltweit größten Simulation der Vereinten Nationen in New York City nehmen jährlich mehr als 2.500 Studierende aus Nord- und Lateinamerika, Asien und Europa teil. Jede der über 190 teilnehmenden Hochschulen vertritt entweder einen Mitgliedsstaat der Vereinten Nationen, eine internationale Organisation mit Beobachterstatus oder eine Nichtregierungsorganisation mit Konsultativstatus bei den Vereinten Nationen.

Spätestens seit dem Ende des Ost-West-Konflikts hat sich auch diese Form des praxisnahen Lernens internationalisiert. Neben der bedeutendsten Simulation in New York City existieren in mehr als 35 Staaten weitere VN-Simulationen, allein in Deutschland sind es ca. zwei Dutzend, an denen weltweit jährlich über 200.000 SchülerInnen und Studierende teilnehmen. Mit der wachsenden Bedeutung internationaler Organisationen für die konstruktive Bearbeitung von Interdependenzen und Konflikten zwischen Staaten, ihren Gesellschaften und Kulturen ging eine Reihe von Planspiel-Innovationen einher. Neben den die Arbeit des Internationalen Gerichtshofes (IGH) simulierenden *Moot Courts*, an denen auch Studierende der Juristischen Fakultät der Universität Tübingen in der Vergangenheit sehr erfolgreich teilgenommen hatten, sticht die Gründung eines jährlichen *Model WTO* in St. Gallen hervor. Das Hauptanliegen der Organisatoren all dieser Planspiele richtet sich von Anfang an - und unabhängig davon, ob die Arbeit internationaler Organisationen von einer Gruppe von Sechstklässlern in Des Moines, Iowa oder von einer Gruppe junger Studierender in Sankt Petersburg, Russland simuliert wird - auf die Förderung interkultureller Kompetenz durch wechselseitige Empathie und Toleranz sowie die Vermittlung von Konfliktbearbeitungsverfahren, welche sich an Maximen eines fairen Interessenausgleichs orientieren. War die deutsche Politikwissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg in erster Linie Demokratiewissenschaft, so ist der die internationalen Themenstellungen der *Global Governance* und *Good Governance* bearbeitende Teil der Politikwissenschaft des 21. Jahrhunderts unter Einbeziehung ihrer Praxiselemente auch als globale Friedenswissenschaft zu begreifen.

Für teilnehmende Studierende hat eine konferenzdiplomatische Praxiserfahrung, wie sie durch die genannten Planspiele vermittelt wird, nachhaltige Vorteile. Neben der Möglichkeit, professionelle und private Kontakte zu knüpfen, erfahren sie die Vorzüge **experimentellen Lernens** - hier vor allem eine signifikante Steigerung

---

<sup>37</sup> Wittke, Peggy 2001: UN Basis Informationen. Model United Nations (MUN), Bonn: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen.

ihrer kognitiven Aufnahme- und Verarbeitungsfähigkeit - , die Vorzüge **kooperativen Lernens** - hier vor allem die Stärkung von Motivation und Selbstbewusstsein durch Autonomie und Teamarbeit - und schließlich die Vorzüge **interkulturellen Lernens** - hier vor allem die Ausbildung von Fähigkeiten zu Empathie und verständigungsorientiertem Handeln.

Es wäre falsch zu glauben, diese multidimensionale Lernerfahrung würde sich erst während des Planspiels einstellen. Unsere Erfahrungen mit dem Seminar und dem parallel stattfindenden Workshop deuten darauf hin, dass die teilnehmenden Studierenden über mehr als die Dauer eines Semesters hinweg einen überdurchschnittlich hohen Arbeitseinsatz und Lernerfolg bei den inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitungen für die Teilnahme am *National Model United Nations* aufweisen. Diesem Respekt einflößenden Arbeitseinsatz der Studierenden steht ein nicht minder großes Engagement der Lehrenden gegenüber. Neben dem Seminar und dem von zwei simulationserprobten Studierenden geleiteten Workshop organisieren wir ein attraktives Rahmenprogramm mit Exkursionen nach Berlin (zum Auswärtigen Amt und zur Botschaft des jeweils vom Tübinger Team vertretenen Landes) sowie in andere deutsche Städte zu Vorbereitungssimulationen. Den Höhepunkt der Vorbereitungen bildet das eigene *Tübingen Model United Nations*, das über die Jahre zu einem Magneten für NMUN-Delegationen aus Süddeutschland und der Schweiz geworden ist. Wie bereits erwähnt führt uns ein derartig zeit-, arbeits- und auch kostenintensives Lehr- und Ausbildungsangebot an die Grenzen des derzeit Möglichen.

## **5. Fazit: Notwendigkeit intensiverer Unterstützung in der Zukunft**

Die Förderung und Verwirklichung formeller und substanzieller Internationalisierung der Lehre ist eine handlungsleitende Maxime, zu der sich die hochschul- und wissenschaftspolitisch Verantwortlichen in Deutschland wiederholt bekannt und die sich die Universitäten in zunehmendem Maße zu eigen gemacht haben. Die historischen Makrotrends der Entgrenzung und Internationalisierung sozialer Handlungszusammenhänge schlagen sich nicht nur in der Art und Weise wirtschaftlicher Produktion und Distribution oder öffentlichen Regierens nieder. Beide Prozesse prägen in zunehmendem Maße die Ausbildungsinfrastruktur und Ausbildungsinhalte junger Menschen. Dies ist uneingeschränkt begrüßenswert. Doch existieren nach wie vor trotz oder auch gerade wegen mannigfacher Erfolg versprechender Reformanstrengungen erhebliche Kapazitätslücken, die das doppelte Ziel eines international wettbewerbsfähigen Wissenschaftsstandorts Deutschland *und* einer wissenschaftlich gut fundierten und berufsorientierend ergänzten Ausbildung junger Menschen für Berufe auf internationalen Märkten oder in internationalen Diensten zur Zeit schwer erreichbar erscheinen lassen.

Lassen Sie uns daher abschließend skizzieren, wie aus unserer Sicht eine in die Zukunft weisende institutionelle Innovation aussehen könnte, die uns der Erreichung dieses doppelten Ziels deutlich näher brächte, und die aus den am Tübinger Standort zur Verfügung stehenden Ressourcen optimalen Nutzen ziehen könnte: Wir möchten hiermit die **Gründung eines Interdisziplinären Zentrums für Internationale und Globale Studien** anregen. Ein solches Zentrum könnte analog zum Institut für Weltgesellschaft der Universität Bielefeld und zum Zentrum für Globalisierung und Governance der Universität Hamburg oder zu den Schools of Public and International Affairs der führenden amerikanischen Universitäten zwei Dinge produktiv erreichen: **Erstens** wäre ein solches Zentrum in der Lage, die an der Universität Tübingen in einer Mehrzahl von geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern stattfindende Forschung im Querschnittsbereich der Internationalen Beziehungen intensiver zu fördern und zu koordinieren. Die Universität Tübingen würde damit nicht nur auf beständig vorgetragene einschlägige Anregungen prominenter wissenschaftsfördernder Institutionen wie der Fritz Thyssen Stiftung reagieren, welche die interdisziplinäre Vernetzung der Forschungsaktivitäten in diesem Bereich mit dem Ziel des Aufbaus breiter wissenschaftlicher Kompetenz sowie der Steigerung von Dialogfähigkeit mit der politischen Praxis fördert und fordert.<sup>38</sup> Sie würde sich darüber hinaus die im Entwurf zu einem neuen Landeshochschulgesetz für Baden-Württemberg enthaltenen Leitlinien für die Gründung von Zentren interdisziplinärer Forschung<sup>39</sup> zu eigen machen und den Anregungen seitens der Politik Taten folgen lassen.

Mit dem Interfakultären Zentrum für Ethik in den Wissenschaften (IZEW)<sup>40</sup> verfügt die Universität Tübingen seit 1990 über ein Modell für eine derartige Vernetzung. Substanziell bietet das im April 2002 mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft gegründete Graduiertenkolleg „Globale Herausforderungen - transnationale und transkulturelle Lösungswege“<sup>41</sup> eine ideale Plattform, auf der aufzubauen sich lohnen würde. Das Graduiertenkolleg mit seinen neun beteiligten Fachgebieten leistet seit knapp zwei Jahren einen unschätzbaren Beitrag zur Herausbildung einer interdisziplinären Forschungs- und Lehrkultur im Bereich der internationalen und globalen Studien an dieser Universität.

**Zweitens** erlaubte ein solches Zentrum für Internationale und Globale Studien die Reformimpulse, die sich der unter dem Stichwort „Bologna-Prozess“ voran schreitenden Studiengangsreform verdanken, aufzunehmen und in Richtung auf

<sup>38</sup> Fritz Thyssen Stiftung für Wissenschaftsförderung 2001: Jahresbericht 2000/2001, Köln, S. VIII, 184f.; Fritz Thyssen Stiftung für Wissenschaftsförderung 2002: Jahresbericht 2001/2002, Köln, S. VIII, 216f.

<sup>39</sup> Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg, vom 20.10.2003, § 40, Abs. 5.

<sup>40</sup> <http://www.izew.uni-tuebingen.de/>

<sup>41</sup> <http://www.uni-tuebingen.de/gk.globale-herausforderungen/>

verstärkte Interdisziplinarität auch in der Lehre zu bündeln. So könnte beispielsweise der interdisziplinäre Ansatz des BA-Studiengangs Politikwissenschaft institutionelle Unterstützung oder gar eine Ergänzung, z.B. durch die Einrichtung eines grundständig interdisziplinären BA-Studiengangs Internationale Beziehungen/Studien erfahren. Gleiches gilt für das zum kommenden Wintersemester komplettierte neue Angebot von Masterstudiengängen. Wir können mit Erleichterung feststellen, dass die letzten Hindernisse auf dem Weg der Einrichtung eines Masterstudienganges „Friedensforschung und Internationale Politik“ nunmehr aus dem Weg geräumt worden sind. Insgesamt ergäbe sich eine effektive interdisziplinäre Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und des hoch qualifizierten Fachkräftenachwuchses auf allen Ebenen: Vermittlung von Grundlagenwissen und -fertigkeiten sowie Berufsfeldorientierung im Bachelor-Studiengang, Vermittlung von Vertiefungswissen und Erwerb wissenschaftlich-methodischer Selbständigkeit für eine wissenschaftliche oder wissenschaftsnahe Berufstätigkeit in den Masterstudiengängen, Heranbildung des hoch qualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchses im Rahmen von eigens dafür eingerichteten Promotionskollegs.

## 6. Schluss

Wir begrüßen die schon erfolgte formelle und substanzielle Internationalisierung der Lehre an deutschen Universitäten, halten jedoch eine großzügige Förderung ihrer raschen Weiterentwicklung für unverzichtbar.

Im Hinblick auf die **formelle Internationalisierung** dringen wir auf das zügige Voranbringen des Bologna-Prozesses zur Schaffung eines europäischen Hochschulraums. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es

1. der einheitlichen und vollständigen Einführung einer dreigliedrigen Studiengangsstruktur mit international kompatiblen Studienabschlüssen und Qualifikationsnachweisen;
2. der europaweiten Vereinheitlichung von Bewerbungsfristen;
3. der Schließung von Kapazitätslücken, um
  - a. bessere fachliche Betreuungsangebote für ausländische Studierende in Deutschland sowie
  - b. eine nachhaltige studienbegleitende berufsorientierende Betreuung für alle in Deutschland Studierenden schaffen zu können.

Im Hinblick auf die **substanzielle Internationalisierung** verweisen wir auf das

Diktum des Wissenschaftsrates, wonach die Geistes- und Sozialwissenschaften als *der* Bereich der Wissenschaft betrachtet werden muss, in dem die Ursachen und mannigfachen Auswirkungen von Internationalisierungsprozessen intellektuell und praxeologisch verarbeitet werden. Die intensive Selbstreflexion von Fachvertreterinnen und -vertretern dieser Fächer in den letzten Jahren hat bewiesen, dass wir niemals zuvor besser gerüstet waren, um diese für unsere Gesellschaft wichtige Aufgabe intellektuell zu meistern. Was uns fehlt sind institutionelle Innovationen wie z.B. ein Interdisziplinäres Zentrum für Internationale und Globale Studien, die diese intellektuellen Kapazitäten bündeln und sowohl in Forschung als auch in der Lehre zur produktiven Entfaltung bringen.

**TÜBINGER ARBEITSPAPIERE**  
**ZUR INTERNATIONALEN POLITIK UND FRIEDENSFORSCHUNG**

---

- Nr. 1 Mirek, H./Nielebock, Th./Rittberger, V.: Atomwaffenfreiheit - Instrument einer anderen Friedenspolitik, 1985; überarb. Fass. 1987. (vergriffen)
- Nr. 2 Rittberger, V./Werbik, H.: "Gemeinsame Sicherheit" im Ost-West-Konflikt? - Polyzentrisches Sicherheitssystem und friedliche Ko-Evolution in Europa, 1986. (vergriffen)
- Nr. 3 Wolf, K.D./Zürn, M.: International Regimes und Theorien der internationalen Politik, 1986. (vergriffen)
- Nr. 4 Rittberger, V.: "Peace Structures" Through International Organizations and Regimes, 1986. (vergriffen)
- Nr. 5 Rittberger, V./Wolf, K.D.: Problemfelder internationaler Beziehungen aus politologischer Sicht, 1987; überarb. Fassung 1988.
- Nr. 6 Efinger, M.: Verifikation und Rüstungskontrolle, 1987. (vergriffen)
- Nr. 7 List, M.: Internationale Beziehungen und Weltgesellschaft, 1988.
- Nr. 8 Rittberger, V./Efinger, M./Mendler, M.: Confidence- and Security-Building Measures (CSBM): An Evolving East-West Security Regime?, 1988. (vergriffen)
- Nr. 9 Zürn, M.: Geschäft und Sicherheit. Das CoCom-Regime und Theorien über Kooperation in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen, 1989. (vergriffen)
- Nr. 10 Schimmelfennig, F.: Interventionistische Friedenspolitik in den West-Ost-Beziehungen. Annäherung an eine Strategie zur Förderung von Demokratisierungs- und Entmilitarisierungsprozessen in Osteuropa, 1989.
- Nr. 11 Rittberger, V./Zürn, M.: Towards Regulated Anarchy in East-West Relations - Causes and Consequences of East-West Regimes, 1989. (vergriffen)
- Nr. 12 Hummel, H.: Sayonara Rüstungsexporte - Die Beschränkung des Rüstungsexports in Japan als friedenspolitisches Modell, 1990.
- Nr. 13 Beller, E./Efinger, M./Marx, K./Mayer, P./Zürn, M.: Die Tübinger Datenbank der Konflikte in den Ost-West-Beziehungen, 1990.
- Nr. 14 Schrogl, K.-U.: Die Begrenzung konventioneller Rüstung in Europa. Ein regimeanalytisches Konfliktmodell, 1990.

- Nr. 15 **Schwarzer, G.: Weiträumige grenzüberschreitende Luftverschmutzung. Konfliktanalyse eines internationalen Umweltproblems, 1990. (vergriffen)**
- aktuell Arbeitsgruppe Friedensforschung (Hrsg.): Analysen zum Golf-Krieg, 1991. (vergriffen)**
- Nr. 16 **Efinger, M.: Rüstungssteuerung und Verifikation in der Zwischenkriegszeit, 1991.**
- Nr. 17 **Breitmeier, H.: Ozonschicht und Klima auf der globalen Agenda, 1992.. (vergriffen)**
- Nr. 18 **Weller, C.: Feindbilder und ihr Zerfall. Eine Analyse des Einstellungswandels gegenüber der Sowjetunion, 1992. (vergriffen)**
- Nr. 19 **Billing, P./Kittel, G./Rittberger, V./Schimmelfennig, F.: State Properties and Foreign Policy. Industrialized Countries and the UNESCO Crisis, 1992.**
- Nr. 20 **Kittel, G.: Demokratische Außenpolitik als Voraussetzung der Friedensfähigkeit von Demokratien. Eine Untersuchung am Beispiel der "war powers" in den USA, 1993.**
- Nr. 21 **Schimmelfennig, F.: Arms Control and the Dissolution of the Soviet Union. Regime Robustness and International Socialization, 1993.**
- Nr. 22 **Rittberger, V.: Die Vereinten Nationen: Kristallisationspunkt weltstaatlicher Autorität oder Instrument hegemonialer Mächte? 1993. (vergriffen)**
- Nr. 23 **Schmitz, Hans Peter: Struktureller Konflikt? Die Debatte um die Neue Weltinformations- und -kommunikationsordnung. Neorealistische Hypothesen zum Nord-Süd-Verhältnis, 1994.\*\*\***
- Nr. 24 **Kittel, G./Rittberger, V./Schimmelfennig, F.: Between Loyalty and Exit. Explaining the Foreign Policy of Industrialized Countries in the UNESCO Crisis (1978-87), 1995.\*\*\***
- Nr. 25 **Hasenclever, A./Mayer, P./Rittberger, V.: Justice, Equality, and the Robustness of International Regimes. A Research Design, 1996.\*\*\* (vergriffen)**
- Nr. 26 **Sovereignty, International Democracy and the United Nations, 1996.\*\*\***
- Nr. 27 **Schimmelfennig, F.: Legitimate Rule in the European Union. The Academic Debate, 1996.\*\*\***

- Nr. 28 Rittberger, V./Schimmelfennig, F.: Deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung. Realistische Prognosen auf dem Prüfstand. Ein Tübinger Projekt, 1997.\*\*\* (vergriffen)**
- Nr. 28a Rittberger, V./Schimmelfennig, F.: German Foreign Policy After Unification. A Re-Examination of Realist Prognoses. A Tübingen-Based Project, 1997.\*\*\***
- Nr. 29 Hasenclever, A./Mayer, P./Rittberger, V.: Regimes as Links Between States: Three Theoretical Perspectives, 1997.\*\*\***
- Nr. 30 Baumann, R./Rittberger, V./Wagner,W.: Macht und Machtpolitik: Neorealistische Außenpolitiktheorie und Prognosen für die deutsche Außenpolitik, 1998.\*\*\***
- Nr. 30a Baumann, R./Rittberger, V./Wagner,W.: Power and Power Politics: Neorealist Foreign Policy Theory and Expectations about German Foreign Policy since Unification, 1998.\*\*\***
- Nr. 31 Hasenclever, A./Mayer, P./Rittberger, V.: Fair Burden-Sharing and the Robustness of International Regimes: The Case of Food Aid, 1998.\*\*\***
- Nr. 32 Breitmeier, H./Rittberger, V.: Environmental NGOs in an Emerging Global Civil Society, 1998.\*\*\***
- Nr. 33 Bienen, D./Freund, C./Rittberger, V.: Gesellschaftliche Interessen und Außenpolitik: Die Außenpolitiktheorie des utilitaristischen Liberalismus, 1999.\*\*\***
- Nr. 33a Bienen, D./Freund, C./Rittberger, V.: Societal Interests, Policy Networks and Foreign Policy: An Outline of Utilitarian-Liberal Foreign Policy Theory, 1999.\*\*\***
- Nr. 34 Boekle, H./Rittberger, V./Wagner, W.: Normen und Außenpolitik: Konstruktivistische Außenpolitiktheorie, 1999.\*\*\***
- Nr. 34a Boekle, H./Rittberger, V./Wagner, W.: Norms and Foreign Policy: Constructivist Foreign Policy Theory, 1999.\*\*\***
- Nr. 35 Hasenclever, A./Rittberger V.: The Impact of Faith: Does Religion Make a Difference in Political Conflict?, 1999.\*\*\***
- Nr. 36 Hasenclever, A./Mayer, P./Rittberger, V.: Is Distributive Justice a Necessary Condition for a High Level of Regime Robustness?, 2000.\*\*\***
- Nr. 37 Rittberger, B.: Demokratie und Frieden in Europa I – Welche Verfassungsordnung für Europas „erste Gemeinschaft“?, 2001.\*\*\***

- Nr. 38 Hasenclever, A.: Demokratie und Frieden in Europa II – Europa und der demokratische Frieden, 2001.\*\*\***
- Nr. 39 Reiber, T.: Die Bedeutung der Art der Konfliktbearbeitung für die Befriedung von Bürgerkriegsgesellschaften am Beispiel von Angola und El Salvador, 2002. \*\*\***
- Nr. 40 Mayer, P./Rittberger, V./Zelli, F.: Risse im Westen? Betrachtungen zum transatlantischen Verhältnis heute, 2003.\*\*\***
- Nr. 40a Mayer, P./Rittberger, V./Zelli, F.: Cracks in the West? Reflections on the Transatlantic Relationship today, 2003.\*\*\* (nur online verfügbar)**
- Nr. 41 Rittberger, V./Zelli, F.: Europa in der Weltpolitik: Juniorpartner der USA oder antihegemoniale Alternative?, 2003.\*\*\***

**\*\*\* online im World Wide Web abfragbar unter :**

**<http://www.uni-tuebingen.de/uni/spi/tapliste.htm>**